

„Gemeinsam stärker“ - Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen

Protokoll des 1. Treffens der Arbeitsgruppe Frühkindliche Bildung, Schule Ausbildung

Datum und Uhrzeit: 11. April 2016, 19:30-21:30 Uhr

Ort: Landratsamt Starnberg

Teilnehmer: 29

Tagesordnung

1	Begrüßung	2
2	Kurze Vorstellung der Ergebnisse aus der Auftaktveranstaltung und des Planungsvorgehens.....	2
3	Diskussion	3

1 Begrüßung

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Herr Distler-Hohenstatt die anwesenden Personen und bedankt sich für deren Interesse. Danach stellen sich Frau Seidl (Behindertenbeauftragte LK Starnberg), Frau Meszaros (Koordination Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen) sowie Herr John (Geschäftsführer BASIS-Institut) der Runde vor.

2 Kurze Vorstellung der Ergebnisse aus der Auftaktveranstaltung und des Planungsvorgehens

Herr John zeigt zunächst eine kurze Präsentation mit den wichtigsten Ergebnissen der Arbeitsgruppe Schule/ Frühkindliche Bildung aus der Auftaktveranstaltung. Anschließend schildert er den Rahmen der Veranstaltung: Es wird insgesamt drei Arbeitsgruppen zum Thema Schule/ Frühkindliche Bildung geben. In der heutigen ersten Runde soll es um eine Bestandsaufnahme gehen, in der zunächst einmal festgestellt wird, was im Landkreis Starnberg im Themenbereich Schule/ Frühkindliche Bildung in Bezug auf Menschen mit Behinderung gut läuft und was nicht. In der zweiten Runde werden aus diesen Erkenntnissen konkrete Handlungsvorschläge abgeleitet. Darauf aufbauend wird eine ca. 10-seitige Zusammenfassung der bis dahin erzielten Ergebnisse der Arbeitsgruppe erstellt. Diese soll als Grundlage für die dritte Runde der Arbeitsgruppe dienen, in der Ergänzungs- und Änderungsvorschläge besprochen werden können. In der endgültigen Entwurfsversion für die Abschlussveranstaltung werden alle bearbeiteten Themen berücksichtigt. Auch bei der Abschlussveranstaltung gibt es noch Möglichkeiten Rückmeldungen zu dem bis dahin Erarbeiteten zu geben. Nach der Abschlussveranstaltung werden die Anmerkungen wiederum in den Entwurf des Aktionsplans eingearbeitet werden.

Die Protokolle aller Arbeitsgruppen werden auf den Seiten des Landratsamtes Starnberg online gestellt (Internetadresse: siehe Anhang). Somit bestehen umfangreiche Mitwirkungsmöglichkeiten und Gelegenheiten sich über alle Arbeitsschritte auch gruppenübergreifend informieren zu können.

3 Diskussion

Herr John eröffnet die Diskussion. Zu Wort meldet sich Frau Gürtler von „Anders Lesen und Lernen e.V.“. Sie macht auf eine Veranstaltung im Landratsamt aufmerksam, welche von „Anders lesen und lernen e.V.“ veranstaltet wird. Daraufhin plädiert Herr Buna (Fortschritt e.V.) dafür, dass es bei Menschen mit Behinderung mehr Selbstbewusstsein und Emanzipation von den Eltern braucht, und auch, dass Menschen mit Behinderung selbst mehr für die Inklusion tun könnten und sollten. Herr Blage (Gehörlosenverband München und Umland e.V) macht darauf aufmerksam, dass die UN-Menschenrechtskonvention grundlegend das Potential hat und auch die Grundlage dafür ist, das Bild der Gesellschaft zu verändern. Ebenfalls spricht er sich dafür aus, dass Gehörlose nicht notwendigerweise sprechen lernen müssen. Gehörlose Kinder müssen befähigt werden, in beiden Welten (der Gebärdensprachwelt und der Sprachwelt der Lautsprechenden) zurecht zu kommen. Frau Anna Krott teilt daraufhin mit, dass die Trennung der Schulen (gehörlos/nicht gehörlos) sehr schwierig war für sie. Frau Krott bringt zum Ausdruck, dass ihr die Gebärdensprache am Herzen liegt. Sie plädiert für die Einführung eines Wahlfaches „Gebärdensprache“ an Schulen und im Elementarbereich sowie in der Frühkindlichen Bildung. Frau Hirschnagl-Pöllmann (Staatl. Schulamt) bringt zum Ausdruck, dass die Lehrkräfte durchaus offen seien für Fort- und Weiterbildungen zum Thema Inklusion. Dabei gäbe es auch Lehrkräfte, die Blindenschrift könnten und erlernt hätten. Gebärdensprache sollte auch an der Uni erlernt werden können. Förderschulen leisten gute Arbeit und unterstützen Regelschulen. Frau v. Wiedersperg macht sie auf die pränatale Diagnostik aufmerksam, welche Druck auf die Eltern ausübe. Jedoch sei ein Wandel in der Gesellschaft im Gange, sodass Leben mit Behinderung immer mehr Akzeptanz erfährt. Sie spricht sich für eine bessere Versorgung von Eltern von Kindern mit Behinderung aus, da diese doch hochgradig belastet seien durch ihre individuellen Schicksale. Ebenfalls will sie Schwangere mit einem Kind mit Behinderung besser unterstützen. Frau Fuchsenberger stellt die guten Fortbildungsmöglichkeiten in der Heckscher-Klinik in Bezug auf Menschen mit psychischen Einschränkungen vor. Frau Seibold kommt zu Wort und macht darauf aufmerksam, dass es große Probleme gibt, KITA-, Schul-, und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu finden. Dies macht sie am Beispiel ihrer eigenen Tochter eindrucksvoll deutlich, wobei sie erst nach Prüfung von 16 verschiedenen Schulen einen geeigneten Platz für ihre Tochter fand. Ebenfalls problematisch und belastend für alle Beteiligten, Eltern und Kinder, ist der weite Schulweg. Inklusion funktioniere nur, wenn sie gelebt wird, und zwar von

Menschen mit Behinderung und allen anderen. Es sei eine Bereicherung für alle, wenn Inklusion in der KITA gelänge. Herr Blage sagt, dass zu vielen Kindern ein Implantat eingesetzt würde und diese deshalb noch lange nicht hören könnten. Dies muss erst noch erlernt werden und in 80 Prozent der Fälle bringe das Chochlea-Implantat nichts oder nur wenig. Die Kinder, die ein Chochlea-Implantat erhielten, erlernen nicht mehr oder nur selten die Gebärdensprache, welche eine erste Unabhängigkeit verspreche. Die Konzentration auf das Erlernen der Lautsprache hemme dies. Ebenfalls kommt das Spielen der Kinder zu kurz, da der Fokus schon in frühen Jahren ganz stark auf dem „Defizit“ des Hörens gerichtet ist. Die Gebärdensprache stelle da eine große Chance dar. Frau Fuchsenberger erkundigt sich darauf hin, was denn mit den 20 Prozent sei, die kein Implantat bekommen. Haben diese einen besseren Hörerfolg? Herr Blage macht darauf aufmerksam, dass die Kinder mit Chochlea-Implantat nicht automatisch hören. Sie müssen es trotzdem erst lernen. Die anderen 20 Prozent würden ihren Lebensweg gut machen (da sie die Gebärdensprache lernen). Frau Klotz (LTG Montessori), selbst Mutter dreier Kinder mit Behinderung, wirbt für einen Film des BR, „Wer darf das entscheiden?“. Sie macht deutlich, dass Inklusion toll ist, aber nicht für jeden das beste sei. So fand ihre Tochter unter anderen Menschen mit Behinderung Freunde und eine Umgebung, in der sie sich wohlfühlt. Ebenfalls sind ihrer Meinung nach die zu knappen Personalressourcen ein Problem, welches angegangen werden müsse. Herr John stimmt zu und unterstreicht, dass es keine differenzierte Einstufung gibt, sondern nur die Möglichkeiten des Förderfaktors 4,5 für Kinder mit besonderem Förderbedarf und den Faktor 1 für Kinder ohne besonderem Förderbedarf. Frau Klotz erwidert, dass sie eine Tendenz bemerke, dass Plätze für Kinder mit Behinderung schnell durch das Ausstellen von Gutachten besetzt würden, der Grad der Behinderung, beziehungsweise die individuelle Eignung für den jeweiligen Platz nicht immer korrekt dargestellt wird. Daraufhin meldet sich Frau Nixdorf-Weber (IFS LH Starnberg) zu Wort. Sie unterstreicht, dass der vorschulische Bereich weiter ist als vor 20 Jahren und bezieht sich dabei auf die problematischen Erfahrungen von Frau Seibold. Die Diskussion muss aber nicht auf einzelne Individuen gerichtet sein. Individualbegleitung unterstütze Unselbstständigkeit bei Kindern mit Behinderung. Frau Nixdorf-Weber stellt die Frage in den Raum, ob das so gut ist. Ebenfalls seien unterschiedliche Kinder in einer Gruppe besser. Frau Fuchsenberger wendet sich an Frau Klotz und resümiert, dass Plätze für Kinder mit Behinderung quasi blockiert seien, durch Kinder mit vielleicht geringeren Einschränkungen. Sie gibt zu bedenken, dass es im Sonderbereich auch so sei. So bräuchten „ADHS-Kinder“ sehr viel Aufmerksamkeit. Dabei sind die Eltern besonders

froh um die Entlastung. Frau Seibold ist überzeugt, dass man Kinder mit Behinderung in ihrer Individualität betrachten muss und alle gemeinsam inklusiv in den Kindergarten sollten. Dabei brauchen Einrichtungen mehr Spielraum und flexiblere Personalbereitstellung. Wichtig ist dabei, dass ein Platzkampf vermieden wird. Abschließend erwähnt Frau Seibold erneut, dass der Betreuungsschlüssel ein großes Problem darstellt. Herr John schließt an, man müsse also die Bedarfsplanung erweitern und gegenüberstellen. Frau Seibold meint, dass ihre Tochter durch alle Raster gefallen sei. Eine Einordnung der Behinderung sei sehr schwierig. Daran knüpft Frau Krott an und untermauert, dass die Definition von Schwerhörigkeit fragwürdig sei. Frau v. Wiedersperg meint, dass Hör- und Sprechtests eine große Rolle spielen bei der Einstufung der Behinderung. Herr Blage sagt, dass in der Vorschule, Schwerpunkt Sonderpädagogischer Dienst, Hörförderung betrieben würde. Es ginge aber auch darum, als Menschen mit Behinderung zu lernen, selbst zu verstehen. Wichtig sei, dass es beim MSD Gebärdensprachler gibt. Das Problem sei aber auch, dass der MSD kaum Zeit hat. Frau Friderichs (Rektorin der Franziskus Schule) stimmt zu, dass der MSD immer zu wenig Zeit hätte. Die Gebärdensprache jedoch sei Teil der universitären Ausbildung. Herr Blage antwortet, dass er wisse, dass es eben nur ein Wahlangebot sei und kein Pflichtangebot. Frau Friderichs erwidert darauf hin, dass ihre Schule da Beratung und Aufklärung anbiete, dass sich die Eltern der Kinder mit Behinderung über ihre Rechte, vor allem des Grundrechts auf Inklusion bewusst werden. Sie findet, dass Schulbegleiter, beispielsweise an Mittelschulen eher einen exkludierenden Charakter hätten. Frau Fromm-Preischel meldet sich zu Wort und erinnert daran, dass sich viele Menschen mit Behinderung in ihrer Einrichtung befinden. „Normale“ Kinder würden stark davon profitieren. Sie gingen normal mit den Kindern mit Behinderung um. An der Grundschule, da müsse man sich im Klaren sein, da sei es nicht möglich, ohne Schulbegleiter zu inkludieren. Ihr Erlebnis sei es, dass die Schulbegleiter nicht die Selbstständigkeit der Kinder mit Behinderung einschränken. Ebenfalls, so Frau Fromm-Preischel, richte Starnberg eine Stelle für einen Heilpädagogen ein. Herr John resümiert, dass es also vor allem in Verbindung mit dem Betreuungsschlüssel andere Personalausstattungen braucht. Frau Fromm-Preischel unterstreicht erneut, dass genau das ein Problem sei. Danach fragt Herr John, was sie sich wünschen würde. Darauf erwidert sie, dass es individuell von der jeweiligen Einschränkung des Kindes abhängen, aber in jedem Fall mehr Personal bräuchte. Frau Seidl gibt zu bedenken, dass im Bereich der Schule die Rahmenbedingungen grundlegend fehlen, die es für erfolgreiche Inklusion braucht. Frau Seibold stimmt ihr zu und unterstreicht, dass es sich

mehr um Integration handle als um Inklusion, bei dem was momentan abläuft. Das sei für alle nicht gut: für Familie, Menschen mit Behinderung, Lehrer usw. Bei dem Personal, also den Begleitern, fehle oft auch die Professionalität. Da sie selbst inklusive Bewegungsgruppen betreut, so Frau Seibold, wisse sie, dass man individuell auf das Kind schauen muss. Daraufhin ergreift Frau Fuchsenberger das Wort. Sie meint, dass Inklusion viele Ressourcen benötigt, unter anderem Zeit und Raum. Dabei stießen alle an ihre Grenzen. Ebenfalls existiere ein großer Informationsbedarf. Herr John gibt zu bedenken, dass es ja bereits Angebote in KITAS gäbe. Er stellt die Frage, was bei den anderen Schulen wie z.B. den Realschulen, den Gymnasien und den beruflichen Schulen passieren soll. Frau Krott erwidert, dass es bereits in München seit 1985 ein inklusives Gymnasium gäbe, da sei die Hauptsprache die Gebärdensprache. Frau Krott wünscht sich bewusstseinsbildende Maßnahmen, eine Möglichkeit sei da ein Schüleraustausch.

Frau v. Wiedersperg erinnert daran, dass es Möglichkeiten der Hospitation gäbe, beispielsweise in Montessori-Schulen. Frau Fuchsenberger sagt aus, dass Montessori-Schulen Inklusion sowieso integriert hätten, wobei dort auch nicht alles barrierefrei wäre. Frau Hirschnagl-Pöhlmann meldet sich zu Wort und resümiert, dass trotz der nicht perfekten Rahmenbedingungen der Aktionsplan sowohl Visionen haben solle als auch realistisch und umsetzbar sein müsse. Anschließend unterstreicht Frau Lieb (Eingliederungshilfe), dass die guten Dinge, die bereits im Gange sind, nicht aus den Augen gelassen werden sollten und dass Visionen wichtig seien. Schritt für Schritt könne man vorankommen, so Frau Lieb. Frau Fuchsenberger macht darauf aufmerksam, dass es doch die Möglichkeit eines „Gütesiegels“ gäbe. Das sei doch ein „Leuchtturmprojekt“. Frau Seibold bezieht sich erneut auf die Situation in der Schule und unterstreicht, dass ein Individualbegleiter für Menschen mit Behinderung gut sei, jedoch insbesondere auch für die gesamte Klasse. Der Begleiter wirke dabei wie eine Assistenz und als Entlastung für den Klassenlehrer. Ebenfalls erklärt sie als wichtig, dass man das Thema Inklusion besser publik machen sollte, um so einen bewusstseinsbildenden Faktor zu schaffen. Frau Lieb geht erneut auf das Thema Assistenz ein. Sie gibt zu bedenken, dass die Zahl der Individualbegleiter stark explodiert sei und die Anträge rasant stiegen. Besser wäre es, wenn die Klasse lerne, mit den Kindern umzugehen. Herr Blage gibt zu bedenken, dass bei einer Anmeldung in der Schule die Gesetzgebung nicht garantiert, dass Dolmetscherkosten getragen werden an einer Regelschule. Das Bundessozialgericht entschied dagegen anders. Daraufhin fasst Herr von Elterlein zusammen, dass Inklusion eine schwierige Sache sei,

dass die Runde, die heute hier zusammengekommen ist, eine tolle Sache sei und dies in hohem Maße Frau Seidl zu verdanken sei. Man müsse unbedingt an dem Thema dranbleiben, denn Inklusion werde nie abgeschlossen sein. Frau Seidl bedankt sich für das Lob, merkt aber an, dass dieses Lob vor allem Herrn Unger zustehe, schließlich habe dieser den Antrag gestellt. Herr Unger (Grüne KR) bedankt sich und führt an, dass es sehr gut sei, was gesagt wurde, viel bei der Umsetzung hänge am Geld, viele müssen etwas tun, die PR sei sehr wichtig, damit die Bewusstseinsbildung vorangetrieben wird. Schlimm sei die große Konkurrenz zwischen den Eltern mit Kindern mit Behinderung um Schul-, Aus-, und Arbeitsplätze. Herr John schließt mit einem Schlusswort. Dabei resümiert er die Sitzung kurz. Ebenfalls bedankt sich Herr Distler-Hohenstatt bei den Teilnehmern und beendet die Sitzung mit einer Verabschiedung.

Für das Protokoll

Peter Kühn

Michael John

(BASIS-Institut)

Anhang: Webadresse der Projektseite

<http://www.lk-starnberg.de/B%C3%BCrgerservice/Soziales/Menschen-mit-Behinderungen/Gemeinsam-st%C3%A4rker-Aktionsplan-f%C3%BCr-Menschen-mit-Behinderungen>

Web Adresse: Fachoberschule für Hörgeschädigte
www.augustinum-schulen.de/samuel-heinicke-fos